

ECHTER TIERSCHUTZ – AUCH IN SACHSEN!

BESCHLUSS DER 1. LANDESMITGLIEDERVERSAMMLUNG 2016

23.01.2016 | Leipzig

Auch Tiere empfinden Freude, Wohlbefinden, Schmerz und Leid. Deshalb setzen wir uns als GRÜNE JUGEND Sachsen für den Schutz der Tiere als fühlende Lebewesen und für die Erhaltung ihrer Lebensräume ein. Tierschutz ist für uns seit jeher ein zentrales Anliegen.

Oftmals leiden wehrlose Tiere unter der Maßlosigkeit des menschlichen Konsumverhaltens. Der Mensch ist durch seine unaufhörlichen Eingriffe in die Natur für das Aussterben zahlreicher Tierarten verantwortlich. Lebensräume werden zerstört und die natürlichen Lebensgrundlagen durch die Abholzung von Wäldern und die Vergiftung von Böden und Gewässern vernichtet. Zahlreiche Tiere fallen auch der Unterhaltungssucht des Menschen zum Opfer.

Die GRÜNE JUGEND Sachsen fordert darum einen konsequenten Tierschutz – auch und ganz besonders im Freistaat Sachsen.

VERANTWORTUNGSVOLLEN KONSUM FÖRDERN!

Unsere Konsumentscheidungen prägen die Welt. Das zeigt sich besonders bei Fleischkonsum und dem Konsum weiterer Produkte aus Tierhaltung. Pro Kopf und Jahr essen wir Deutschen rund 60 Kilogramm Fleisch. Der hohe Verbrauch von Fleisch und tierischen Produkten birgt nicht nur gesundheitliche Risiken. Er erzwingt auch eine Massentierhaltung, die auf Menschen, Tiere und Umwelt keine Rücksicht mehr nimmt.

Deshalb fordern wir mehr Verbraucheraufklärung zu den gesundheitlichen, sozialen und ökologischen Folgen des Konsums von Fleisch und weiteren Produkten aus Tierhaltung. Öffentliche Kantinen sollen Vorreiterfunktionen übernehmen und vermehrt vegetarische und vegane Gerichte anbieten. Restaurants, Gaststätten und Mensen, die bereit sind, dauerhaft vegetarische und vegane Produkte anzubieten, sollen unterstützt werden.

Verbraucher*innen wollen wir es durch eine verbindliche und durch unabhängige Organisationen kontrollierte Tierhaltungskennzeichnung erleichtern, sich für Produkte, die nicht aus

tierquälerischer Haltung stammen, zu entscheiden. Auch für vegetarische und vegane Produkte soll es solche Label geben. Zusätzlich soll die wirtschaftliche Ungleichheit im Verkauf zum Nachteil veganer Produkte beseitigt werden. Deshalb soll für Fleisch, Fisch, Milch und Milchprodukte sowie Eier, die aktuell noch unter die Grundnahrungsmittel fallen, der volle Mehrwertsteuersatz von 19% gelten, wie es bei Sojaerzeugnissen der Fall ist.

TIERVERSUCHE KONSEQUENT REDUZIEREN!

Tierversuche gehören in vielen Bereichen der Wissenschaft und Forschung noch immer zum Alltag. Dabei sind sie häufig grausam und enden nicht selten mit dem Tod des Tieres. Dabei gibt es in vielen Forschungsbereichen längst Alternativen. Wir fordern daher eine konsequente Verminderung von Tierversuchen.

Die mutwillige Verstümmelung oder Tötung von Tieren oder das zufügen von Schmerzen zu Forschungszwecken lehnen wir strikt ab. Wir fordern das Verbot und die konsequente Verfolgung solch barbarischer Taten. Die Testung von Kosmetika und giftigen, reizenden oder ätzenden Chemikalien (z.B. Reinigungsmitteln) an Tieren soll grundsätzlich verboten werden.

Tierversuche zu medizinischen Zwecken sollen nur noch unter sehr strengen Bedingungen dann zulässig sein, etwa wenn kein alternatives Testverfahren möglich ist und eine Erprobung bei Menschen hohe Risiken für die Gesundheit des betreffenden mit sich bringen würde. Zudem fordern wir eine verstärkte Forschung nach alternativen Testmethoden und deren staatliche Förderung.

Studierenden, die durch ihre Studienordnung an der Teilnahme zu Tierversuchen verpflichtet sind, ist es zu ermöglichen, diese aufgrund von moralischen Gründen nicht durchzuführen. Allerdings müssen sie in diesem Fall dennoch dem Versuch beiwohnen und die entsprechenden Grundlagen durch Beobachten erlernen.

Die im Jahr 2013 in Kraft getretene Richtlinie der EU zum Verkaufs- und Importverbot von an Tieren getesteten Kosmetika ist ein erster Schritt in die richtige Richtung.

Außerdem fordern wir ein nationales Kompetenzzentrum für tierversuchsfreie Methoden, das Anträge schneller und unabhängig bearbeiten kann. Die dort entscheidende Ethikkommission zur Bewertung von Tierversuchen wollen wir mindestens zur Hälfte mit Vertreter*innen des Tierschutzes besetzen. Die Kommission ist auch dazu angehalten, zu untersuchen, an welchen Tierarten die Durchführung von Versuchen vollständig oder teils zu verbieten sind. Strikte Kontrollen und Sanktionen sollen die Durchführung der Auflagen gewährleisten.

Die Durchführung von nichtgenehmigten oder anderweitig gesetzlich verbotenen Tierversuchen darf nicht länger als Ordnungswidrigkeit geführt werden und soll daher als Straftatbestand in den §17 Tierschutzgesetz aufgenommen werden. Gleichzeitig fällt die Auftragsvergabe und Bezahlung von Tierversuchen an Institutionen im Ausland ebenfalls unter §17, solange diese im Inland nicht genehmigt werden oder gar verboten sind.

MASSENTIERHALTUNG ABSCHAFFEN!

Wir halten die sogenannte intensive Nutztierhaltung – allgemein bekannt unter dem Schlagwort der Massentierhaltung – für nicht verantwortbar. Deshalb wollen wir die Errichtung neuer Riesenställe und Megamastanlagen verhindern. Ebenfalls dürfen weitere pervertierte Formen dieser Anlagen wie bspw. mehrstöckige Bauten, auch bekannt als „Schweinehochhaus“, nicht erlaubt werden. Dazu muss in einem ersten Schritt die Subventionierung der Massentierhaltung abgeschafft werden - ebenso ihre Privilegien im Baurecht. Allen Anlagen, die emissionschutzrechtlich genehmigt werden müssen, wollen wir darum die Privilegierung entziehen. Nicht zuletzt auch zum Schutz der Anwohner*innen.

Die Käfighaltung von Legehennen, Kaninchen und anderen Tieren muss beendet werden. Sie darf auch nicht mehr durch deutsche Exportbürgschaften für hierzulande verbotene Käfighaltung in Drittländern gefördert werden. Gülle aus Massentierhaltung und Gärreste aus Biogasanlagen müssen auf ihre Belastung mit gefährlichen Keimen hin untersucht werden, um, falls nötig, Schutzmaßnahmen zu ergreifen. Um Futtermittelimporte zu reduzieren, wollen wir auf eine Steigerung der heimischen Produktion hinwirken und die Tierhaltung stärker an die Erzeugung heimischer Futtermittel binden. Zudem muss der Import von Biomasse, und somit auch Futtermitteln, an die Einhaltung von strengen Menschenrechts-, Umwelt- und Sozialstandards gebunden werden. Zu so genanntem Tiermehl verarbeitete Tierkadaver oder Teile dessen dürfen nicht mehr Inhaltsstoff von Tierfutter sein.

Wir wollen ein neues Tierschutzgesetz. Dieses soll für annehmbare Haltungsbedingungen sorgen, bspw. ausreichender Weidegang und Auslauf und die Abschaffung der so genannten Spaltböden, eine lückenlose Transparenz der Tierarzneimittelströme schaffen und den Antibiotika-Missbrauch durch strengere Haltungs- und Behandlungsvorschriften sowie verbindliche Antibiotika-Leitlinien verhindern. Für eine bessere Umsetzung muss auch das Kontrollsystem verbessert werden.

Die Tierzucht ist auf Gesundheit und die Erhöhung der Lebensqualität auszurichten und nicht als Qualzucht auf immer mehr Milchleistung, Fleischansatz, Eier- oder Ferkelzahl ohne Rücksicht

auf die physiologischen Grenzen des Lebewesens. Die Haltung von Nutztieren muss sich an den arttypischen, natürlichen Bedürfnissen einer Tierart und damit am Tierwohl orientieren. Qualzuchten und die Praxis, Tiere etwa durch das Kupieren ihrer Schnäbel oder Schwänze an die herrschenden tierquälerischen Haltungssysteme anzupassen oder durch Brandzeichen zu misshandeln, müssen verboten werden. Mit Schmerzen verbundene Eingriffe wie die Ferkelkastration oder die Kälberenthornung dürfen nur mit Betäubung erfolgen oder müssen gänzlich unterbleiben.

Die systematische Tötung männlicher Küken, das so genannte „Sexen“, wollen wir in allen Haltungsformen verbieten. Tiertransporte innerhalb Deutschlands wollen wir, zusammen mit einer Minimierung der Tierzahlen pro Transport und der Bereitstellung von Nahrung während der Reise, auf eine Dauer von höchstens vier Stunden begrenzen und auf Schlachthöfen die Schlachtmethoden z.B. durch CO₂-Betäubung verbessern. Außerdem muss in Schlachthöfen die Akkordarbeit beendet werden.

Wir fordern, verbindliche und unabhängig zu kontrollierende Zucht- und Haltungsvorschriften für alle Tierarten einzuführen. Die Haltung von Schweinen und Rindern auf nacktem Beton und Vollspaltenböden ohne ausreichend Liegeplätze, das Zusammenpferchen von Hühnern und Puten auf engstem Raum oder Wassergeflügel ohne Zugang zu Wasser sind nicht zu akzeptierende Zustände!

TIERQUÄLEREI ZU UNTERHALTUNGSZWECKEN STOPPEN!

Als GRÜNE JUGEND Sachsen fordern wir ein Verbot der Haltung und Dressur von Tieren in Zirkussen auf lokaler, regionaler, landes- und bundesweiter Ebene. Um die Tiere gefügig zu machen, werden sie mit Haken oder anderen Gegenständen wie Elektroschockern misshandelt. Diese Methoden gelten auch für die Konditionierung von Tieren für das Fernsehen.

Außerdem fordern wir eine Novelle der rechtlichen Vorgaben für die Zootierhaltung. Wir wehren uns gegen die Begründung, dass eine am Tierwohl orientierte Haltung mancher Tierarten wirtschaftlich nicht machbar sei – denn über Tierschutz darf nicht nach Kassenlage entschieden werden! Wenn eine angemessene Haltung nicht gewährleistet ist, können diese Tierarten in den entsprechenden Zoos nicht gehalten werden. Es muss nicht in jedem Zoo Elefanten, Krokodile oder Giraffen geben, wenn diese dort unter nicht angemessenen Haltungsbedingungen leiden müssen.

Die augenfälligsten Störungen sind die monotonen, teilweise über Stunden andauernden Bewegungsabläufe, wie das Auf- und Abgehen am Zaun oder das „Weben“, das Hin- und

Herschwenken des Kopfes in Verbindung mit dem dieser Bewegung folgenden Oberkörper, gepaart mit in der Natur nicht auftretenden Erkrankungen. Außerdem muss die Weitergabe von aus den unterschiedlichsten Gründen nicht gewollten Tieren stärker kontrolliert werden, da diese mitunter in andere Zoos mit desaströsen Haltungsbedingungen, in andere Länder für Jagdtourismuszwecke gegeben oder schlichtweg getötet werden.

Die Haltung von Tierarten, deren natürliche Anforderungen an Klima, Sozialstruktur und Lebensraum nicht erfüllt werden können, ist grundsätzlich zu verbieten, beispielsweise die Haltung von Meeressäugtieren, Eisbären und Menschenaffen.

Des Weiteren fordern wir als GRÜNE JUGEND Sachsen ein Verbot von sogenannten Pony-Karussells auf Jahrmärkten. Das ständige Im-Kreis-Laufen führt bei den Tieren nicht nur häufig zu schmerzhaften Gelenk- und Wirbelschäden, sondern die Menschenmassen lösen in Kombination mit der hohen Lärmbelastungen bei den Tieren extremen Stress aus. Diese Karussells sind in keinsten Weise mehr zeitgemäß und gehören dringend abgeschafft – zumal Kindern, ähnlich wie in Zoos, ein falsches Bild von Tieren und der Umgang durch den Menschen mit ihnen vorgelebt wird. Ihnen wird fälschlicherweise gezeigt, dass Unterdrückung und Gefangenschaft zur Normalität¹ gehören.

Dies gilt auch für Pferdekutschen auf Stadtrundfahrten, da die Tiere stundenlang in Schnee, Regen, sengender Hitze etc. auf hartem Betonboden warten müssen, oftmals ohne ausreichend Wasser und Futter. Das Ziehen der Kutsche auf voll befahrenen Straßen inmitten von Abgasen und ohrenbetäubendem Lärm ist keine zu begrüßende Umgebung für diese Fluchttiere. Zudem fordern wir das Verbot der Tierhaltung in Freizeitparks, da die Lebensbedingungen in dieser Umgebung unzumutbar sind und oftmals zu psychischen und physischen Schädigungen führen, in deren Verlauf auch Menschen zu Schaden kommen können.

UNSERE EIGENE HAUT IST UNS GENUG!

Echtpelz ist ein Symbol für die industrielle Verarbeitung von Tieren zu Luxuszwecken. Als GRÜNE JUGEND Sachsen fordern wir eine Abschaffung der barbarischen Haltungs- und Tötungsformen in der Pelzproduktion. Jedes Jahr sterben weltweit Millionen Tiere wie Nerze, Waschbären, Kaninchen, Katzen, Hunde etc., um aus ihrem Fell Pelzbesätze oder Accessoires zu machen. Sie leben in winzigsten Drahtkäfigen teilweise mit mehreren Artgenossen zusammen und fangen an, sich selbst zu fressen. Um den Pelz so wenig wie möglich zu schädigen, werden

¹ Der Begriff „Normalität“ beschreibt an dieser Stelle das Selbstverständliche in einer Gesellschaft, das nicht mehr erklärt werden muss. Er wird ausdrücklich nicht als der gegenwärtige Ist-Zustand definiert.

sie erdrosselt, durch Stromschläge getötet oder erschlagen. Viele dieser Tiere leben noch, wenn sie gehäutet werden!

Wir fordern das Verbot der Zucht, Haltung und Tötung von Tieren zum Zwecke der Pelzgewinnung in ganz Deutschland. Zudem setzen wir uns für das Verbot des Imports und Exports von Echtpelz in Deutschland ein, gerade auch, da die Entwicklung von Kunstpelz immer realitätsgetreuer wird.

Auch Leder ist nicht nur ein Nebenprodukt der Schlachtung, sondern eine Gefahr für Menschen und Umwelt, da es für viele Unternehmen wirtschaftlicher ist, das Rohprodukt Haut in Billiglohnländer zu transportieren, wo Menschen, oftmals auch Kinder, ohne Schutz von Haut und Schleimhäuten mit giftigen Stoffen diese Tierhaut zu gerben. Dies führt zu irreparablen Schäden und Krankheiten bei den Arbeiter*innen, die, aufgrund fehlender Entsorgungssysteme, die Chemikalien nach der Benutzung in den Boden kippen und damit ihr Grundwasser verseuchen.

Wir fordern ein Importverbot für Lederwaren, die unter Missachtung des Arbeits- und Umweltschutzes produziert wurden.

Zusätzlich fordern wir auch verschärfte Maßnahmen zur Einfuhr und den Verkauf von Wolle oder Wollprodukten, gerade aus Australien, dem weltweit größten Produzenten von Wolle, da die eingesetzten Merino-Schafe durch das so genannte „Mulesing“ grausamen Leiden ausgesetzt sind. Diese auf vermehrte Hautfalten gezüchtete Rasse leiden unter dem Befall von Fliegen und der Ablage der Eier, dem mit einem Anschneiden der betreffenden Hautpartien ohne Betäubung abgeholfen werden soll. Dies führt aber zu einer erhöhten Infektionsrate durch offene Wunden.

RASSENWAHN STOPPEN – FÜR VERANTWORTUNGSVOLLE TIERZUCHT!

Tierheime quellen über mit heimatlosen Tieren, die keine*r will, und sie kämpfen täglich um das finanzielle Überleben. Wir fordern eine steigende finanzielle Förderung von Tierheimen, deren Mitarbeiter*innen, oftmals ehrenamtlich, eine wichtige Aufgabe in unserer Gesellschaft leisten. Gleichzeitig gibt es kaum Einhalt bei der massenhaften Produktion so genannter „Rassetiere“, die aufgrund ihrer Rassemerkmale wie Massenware produziert und auf den Markt geworfen werden. Aufgrund der Menge der Menschen, die diese Tätigkeit ausüben, ist nicht mehr zu unterscheiden zwischen hobbymäßigen „Vermehrer*innen“ und professionelleren „Züchter*innen“. Wir fordern eine Beschränkung in der Zahl der gezüchteten Tiere pro Züchter*in und eine Kennzeichnung für vertrauenswürdige „Produzent*innen“.

Außerdem müssen strenge Vorgaben eingeführt werden, die der Überzüchtung und damit einhergehender Krankheiten, bspw. der Atemwege bei Bulldoggen und Möpsen wegen ihrer verkürzten Nasen, Einhalt gebieten, und diese unabhängig und strikt überprüfen.

Rassetiershows und -messen sind ein beliebtes Mittel, um das eigene Tier den anderen vorzuführen. Dabei müssen die Tiere stundenlang in lauten, hellen und stickigen Hallen, mit albernen Frisuren, Kunststückchen und im Käfig verharrend alles über sich ergehen lassen. Tiere sind nicht für die Belustigung und von Mensch handgemachte Wettbewerbe gemacht. Dies gilt äquivalent für Katzen-, Vogel- und andere Rassetiershows sowie -messen.

Zusätzlich muss sowohl dem illegalen Verkauf kranker Hunde, vor allem Welpen, an den Grenzen zu Deutschland Einhalt geboten werden als auch dem legalen Ladenverkauf, häufig durch unkundiges Personal.

EXOTISCHE TIERE SCHÜTZEN – PRIVATE HALTUNG VERBIETEN!

Exotische Tiere wie Spinnen, Schlangen oder Chamäleons erfreuen sich immer größerer Beliebtheit. Dabei wissen die meisten Menschen gar nichts über die Ansprüche dieser Tierarten an ihren Lebensraum. Verramscht werden sie in Läden oder auf so genannten „Exotenbörsen“, wo sie in kleinen Plastikschanteln ohne Versteckmöglichkeit auf den Tischen liegen, bis sie jemand mitnimmt. Viele Tiere sterben bei dieser Prozedur. Diese Börsen sind auch beliebte Orte, um illegal aus anderen Ländern geschmuggelte Exoten zu verkaufen. Die GRÜNE JUGEND Sachsen fordert daher ein Ende dieser tierunwürdigen Börsen. Der Handel mit exotischen Tieren soll nur ausgewiesenem Fachpersonal obliegen.

Reptilien sieht man aber Unwohl sein, Schmerzen oder Krankheit nicht an, weshalb viele eine Erkrankung nicht rechtzeitig erkennen. Die Zahl jener Tierärzt*innen, die sich mit Reptilien auskennen, ist verschwindend gering. Studien geben an, dass 51% aller Reptilien aufgrund falscher Haltungsbedingungen sterben. Viele Halter*innen sind überfordert. Exoten gehören nicht nur nicht in unsere Klimazone, sondern werden durch vermehrtes Aussetzen durch die Überforderung, zu invasiven Arten, die das Gleichgewicht der hiesigen Flora und Fauna stören.

Deshalb fordern wir strenge Richtlinien für eine Haltungserlaubnis von Exoten und eine fortwährende Kontrolle der Haltungsbedingungen. Des Weiteren sind Sanktionsmaßnahmen bei dem Versuch des Einschmuggelns exotischer Tiere aus anderen Ländern zu verschärfen. Dieser Lebensschmuggel kostet Jahr für Jahr vielen Tieren das Leben, wenn sie in Unterhosen oder doppelten Kofferböden ohne Nahrung und zusammengebunden, verharren müssen.

IMPORTE STOPPEN!

Auf europäischer Ebene muss der Tierschutz durch Importverbote von unter tierquälerischen Bedingungen erzeugten Produkten, Jagdtrophäen und wild gefangenen Tieren gestärkt werden. Gerade der Versuch der illegalen Einfuhr noch lebender Tiere muss verschärft sanktioniert werden.

SEXUELLEN MISSBRAUCH VON TIEREN KONSEQUENT VERFOLGEN!

Wir fordern, dass der sexuelle Missbrauch von Tieren konsequent verfolgt und bestraft wird. Die jetzigen Regelungen sind nicht weitreichend genug, da sie lediglich das Zahlen von Bußgeldern vorsehen.

Zoophile sind Menschen, die vorgeben Tiere zu lieben und mit ihnen sexuelle Handlungen ausführen. Sie behaupten, dass sie mit dem*der Partner*in ihrer Wahl in einer – meist monogamen – zärtlichen Beziehung seien. Bei solchen Partner*innen handelt es sich meist um Hunde, aber auch um Pferde, Delfine oder andere Tiere. Diese Menschen behaupten, durch das aus ihrer Sicht interpretierte Verhalten des Tieres ihre Liebe erwidert zu sehen und setzen somit den Willen des Tieres zu diesen Handlungen voraus. Natürliche Verhaltensweisen werden ignoriert. Die pervertierte Form der Zoophilie, die Bestiality, dient zum sexuellen Lustgewinn durch das Zufügen von Schmerzen an Tieren, beispielsweise durch Bondagespiele.

Wir fordern auch die Einführung eines Straftatbestandes für die Herstellung, Verbreitung und den Besitz sogenannter „Crush“-Filme. Diese Fetischfilme, die auch aus dem Bereich der Folter kommen, zeigen meist leicht bekleidete Frauen, die eine große Bandbreite an Tieren wie Käfer, Hunde- oder Katzenwelpen, Kaninchen und Hühner auf unterschiedliche Art und Weise zur Steigerung der sexuellen Erregung langsam zu Tode foltern.

TIERQUÄLEREI KONSEQUENT AHNDEN!

Tierhalter*innen, die ihre Tiere unter unwürdigen Bedingungen halten, müssen verstärkt geahndet und stärker sanktioniert werden. Wir befürworten die Verhängung möglicher Haltungsverbote von Tieren. Dies gilt bspw. bei Gewaltanwendungen, Verwahrlosung oder „Animal Hording“, bei dem auf kleinstem Raum bis zu mehrere hundert Tiere gehalten werden. Deshalb unterstützen wir auch die Einführung eines Heimtierschutzgesetzes, das u.a. die Haltungsverordnung für Heimtiere festlegen und ein Verbot der Wildtier- und Exotenhaltung durchsetzen will.

Beim Kauf von Tierbedarf muss darauf geachtet werden, dass die Mindestanforderungen des Tieres gedeckt sind, bspw. bei Käfigen. Wir fordern des Weiteren eine Aufnahme der "fahrlässige Tötung von Heimtieren" als Straftatbestand in den §17 des Tierschutzgesetzes und eine damit verbundene Streichung der jeweiligen Abschnitte als Ordnungswidrigkeit in §18. Den Tierschutzvereinen und Veterinärämtern sollen mehr Kompetenzen zur Kontrolle der Einhaltung angemessener Haltungsbedingungen gegeben werden, um unnötiges Tierleid zu verhindern.

VERBANDSKLAGERECHT UND BEAUFTRAGTE* R FÜR TIERSCHUTZ!

Die Aufnahme des Tierschutzes als Staatsziel ins Grundgesetz war ein großer Schritt für den Tierschutz. Jetzt müssen jedoch auch Taten folgen. Damit die Rechte der Tiere besser vertreten werden können, fordern wir ein Verbandsklagerecht für anerkannte Tierschutzorganisationen und eine*n Bundesbeauftragte*n für Tierschutz. Außerdem fordern wir Schwerpunkt-Staatsanwaltschaften für den Tierschutz, damit Verstöße gegen das Tierschutzgesetz effektiv verfolgt werden können.